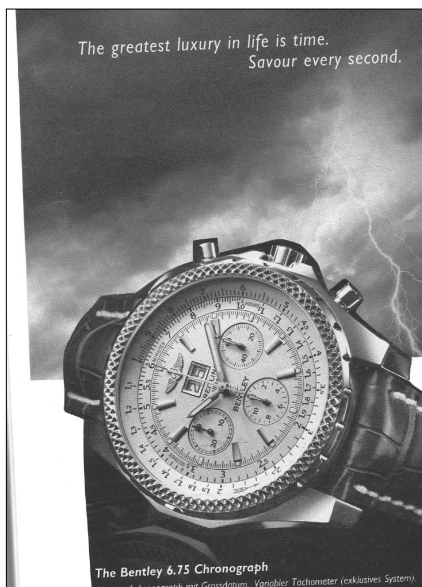


Zeit und Macht – Eine Bildbetrachtung

Ende Dezember 2008 erschien im Magazin der Sonntagszeitung The Observer folgendes Inserat:



»Zeit ist der grösste Luxus im Leben. Geniessen Sie jede Sekunde«, schreibt die Uhrenfirma Breitling. Mein Vater pflegte zu sagen: »Von den Reichen lernt man sparen.« Offenbar kann man von ihnen auch lernen, wie man das Leben kapitalismusverträglich geniessen. Um sich einen solchen Breitling-Bentley-Chronograph und den dazugehörigen richtigen Bentley leisten zu können, müssen alle, die nicht schon Millionen geerbt haben, recht viel arbeiten. Am besten in einem Geschäft, das Spitzenlöhne zahlt. Da bleibt kaum Zeit für das süsse Leben. Macht aber nichts: Die ›Zeit‹ lässt sich als Ware kaufen. Der symbolische Überschuss des Lu-

xusartikels sorgt dafür, dass die Marge ziemlich hoch ist. Das wirft Profit ab bei den Herstellern, Vermarkterinnen und Verkäufern. Es sichert die Löhne der Uhrenarbeiterinnen und -arbeiter.

Annette Hug

lebt in Zürich. Seit August 2009 arbeitet sie als Zentralsekretärin Adjunkt bei der Gewerkschaft vpod. Davor war sie sieben Jahre als Dozentin und Projektleiterin an der Hochschule Luzern Soziale Arbeit tätig. 2008 erschien ihr Roman ›Lady Berta‹.

Aber ich könnte den Werbespruch auch wörtlich nehmen.

Dann erinnert er an eine Statistik, die Mascha Madörin an einer Denknetz-Veranstaltung vom 3. Dezember 2008 präsentiert hat. Sie legt nahe, dass die unbezahlte Arbeit fast soviel zum Lebensstandard beiträgt wie das monetäre Einkommen. Das heisst: Die Frage, ob es jemandem gut geht oder nicht, hängt nicht allein vom Geld ab, sondern auch davon, ob jemand Zeit und Lust hat, gut zu kochen, interessante Ferien zu organisieren, Kinder bei Laune zu halten, usw. usf. Wenn ich das ernst nehme, könnte ich zum Schluss kommen, dass ich lieber weniger verdiene, keine Breitling-Uhr kaufe und dafür mehr Zeit habe, um überlegt einzukaufen und erfinderisch zu kochen. Das Problem wäre dann aber: Die Wirtschaft wird nicht angekurbelt. Vielleicht verlieren Uhrenarbeiterinnen ihren Job und haben dann zwar viel Zeit, aber nicht mehr genug Geld, um gut zu kochen oder in die Ferien zu fahren. Und ihre Kinder müssten das Kunstturnen aufgeben.

Geteilte Arbeit, weniger Arbeit?

In ein ähnliches Dilemma gerate ich bei der Frage, warum sich Iris von Roten geirrt hat. In ihrem 1958 erschienenen Buch ›Frauen im Laufgitter‹ brachte die Schriftstellerin eine einfache und einleuchtende Vision zu Papier: Die bisherigen Hausfrauen würden im Laufe der Emanzipation erwerbstätig und das ›erfreuliche Resultat‹ wäre eine Kürzung der Arbeitszeit in den Betrieben.¹ Eigentlich logisch: Das Erwerbsarbeitsvolumen wird plötzlich durch viel mehr Leute geteilt, also müssen alle weniger arbeiten. Schliesslich hat die Arbeitsleistung auch vorher ausgereicht, um alle zu ernähren und der Schweiz sogar ein ansprechendes Wohlstandsniveau zu sichern. Weit gefehlt, muss man aus heutiger Sicht leider konstatieren. Zwar ist der Anteil der Personen, die ausschliesslich im Haushalt arbeiten, zwischen 1970 und 2000 von 13 auf rund fünf Prozent gesunken (Stamm und Lamprecht, 2005).² Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen tatsächlich gestiegen: In der Volkszählung 2000 wurden 750'000 mehr erwerbstätige Personen registriert als 1970. Zwar waren im Jahr 2000 60 Prozent der Schweizer Mütter als erwerbstätig gemeldet, verglichen mit 27 Prozent im Jahr 1970. Eine grosse Umverteilung der Familienarbeit hat jedoch nicht stattgefunden. Viele Frauen arbeiten im Unterschied zu Männern Teilzeit, auch das zeigen die Statistiken, und sie leisten neben der Erwerbsarbeit deutlich mehr Haus- und Erziehungsarbeit.

Die grosse Arbeitszeitreduktion für alle ist ausgeblieben. Im Gegenteil: Die Erwerbsarbeit ist strenger geworden. Männer und Frauen erwirtschaften heute mit einer Arbeitsstunde mehr Wert als früher. Ihre Produktivität ist allein von 1991 bis 2006 um 37 Prozentpunkte gestie-

gen.³ Das heisst, die Profitraten wurden erhöht, und die Kapitalinvestoren schöpften immer mehr ab. Andi Rieger von der Unia nennt es Enteignung. Dahinter stehe das Versprechen, Kapitalinvestoren könnten 20 bis 30 Prozent Profit aus ihren Investitionen heraus schlagen. Oliver Fahrni nennt es Plündern. Maria Mies beschrieb 1981 den Einbezug der Frauen in eine flexibilisierte Erwerbswelt als »primäre Akkumulation«. Sie ging wie Rosa Luxemburg davon aus, dass sich der Kapitalismus immer wieder neue Gebiete, Menschen, Tätigkeitsbereiche quasi im Raubritterverfahren einverleiben muss, um wachsen zu können. Die Hausfrauen sah Maria Mies als eine Art Kolonialbevölkerung, die in den Weltmarkt integriert wird.

Wie immer man zu diesem Vergleich steht: Die Zeit, die Frauen bisher für ihre Familien, Vereine und Nachbarschaften verwendet hatten, wurde behandelt wie eine natürliche Ressource, die man erschliessen konnte, ohne Kosten zu verursachen. In den Rechnungen der Volkswirtschaften erschien nur das Wachstum der Geldwirtschaft, der Verlust an nicht-monetären Diensten wurde nirgends direkt verbucht. So blieb auch die Zeitklemme ökonomisch unsichtbar, in die viele Frauen – vor allem Mütter – gerieten. Mascha Madörin spricht in diesem Zusammenhang von einer Krise der Care-Ökonomie (Madörin 2006).

Die marktwirtschaftliche ›Lösung‹ dieser Krise ist in vollem Gang: Erwerbstätige Frauen und Männer suchen Angestellte, die Haus-, Erziehungs- und Pflegeaufgaben übernehmen und dabei massiv weniger verdienen als ihre Arbeitgeber/innen. Das Resultat ist ein Markt für schlecht geschützte, oft illegal belassene Hausangestellte aus Osteuropa und Lateinamerika (Gather et al 2002).

Gefragt: Eine umweltverträglichere Wirtschaft

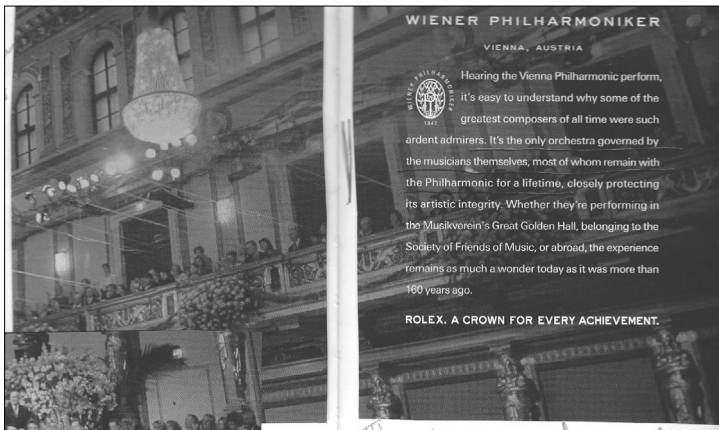
Die Frauenbewegung hat eine andere Lösung gefordert, und sie hat bis in die Reihen der FDP Gehör gefunden: Die ehemalige Familienarbeit wird durch Leistungen des Service Public ersetzt. vpod-Präsidentin Christine Goll wie auch verschiedene Frauen-Netzwerke fordern öffentliche Investitionen in die ausserfamiliäre Kinderbetreuung als Teil der Konjunkturprogramme.

Aber müssen wir wirklich so viel arbeiten? Schliesslich warnen Klimaexperten und -expertinnen vor den Konsequenzen unseres Konsums, unserer Energie raubenden Arbeitswege, unseres Fleischverzehrs. Nicht alle teilen den Optimismus der Gewerkschaft Unia, die im ökologischen Umbau ein willkommenes Feld für neue Investitionen sieht. Marcel Hänggi kommt zum Schluss, dass technische Innovationen zwar dringend notwendig seien, aber nicht ausreichen: »Was wir brauchen, sind

ein paar Dinge, von denen wir heute nicht wissen, wie sie realisiert werden können. Wir brauchen eine Wirtschaft mit weniger Energie- und Materialdurchsatz, was heissen wird: eine Wirtschaft, deren Sozialprodukt schrumpft, ohne dass sie zusammenbricht« (Hänggi 2008).

Die klimafreundliche Lösung wäre also, wenn Männer und Frauen mehr Zeit zu Hause verbringen und mit den Kindern Memory spielen würden. Aber wer zahlt dann den Uhrenarbeiter/innen ihren Lohn? Die Gewerkschaften müssten stark genug sein, um eine andere Verteilung der Unternehmensgewinne auszuhandeln – damit mehr Geld in die Löhne, weniger Geld in die Kapitalgewinne flösse. Bloss: Welche Weichen müssten anders gestellt werden, damit das freie Kapital trotzdem Bereiche belebt, die nur noch kleinere Profitraten abwerfen? Wenn eine solche Machtverschiebung gelänge, liesse sich der Luxus Zeit neu verteilen: Die Uhrenarbeiter müssten weniger Uhren produzieren, um genug zu verdienen. Und es wäre nicht tragisch, dass ich lieber koche, als Überstunden zu machen.

Wer Verantwortung trägt, braucht Macht



Ein zweites Inserat aus dem Observer-Magazin wirbt für Rolex-Uhren und betont die Kulturverbundenheit der Firma. Das Ergebnis dieser Kombination ist ein Plädoyer für demokratische Betriebe: Die Wiener Philharmoniker seien eines der besten, bei Komponisten beliebtesten Orchester, weil es von den Musikern und Musikerinnen selbst ›regiert‹ werde. Wenn sich das nur herumsprechen würde! An den Hochschulen wird zur Zeit die Mitbestimmung der Dozentinnen und Professoren durch neue Bildungsmanager/innen untergraben oder verhindert. Im ganzen öffentlichen Bereich wird viel ›geplant‹, aber ganz im marktwirtschaftlichen Sinn: Es sollen sich alle wie wild anstrengen, autonom

den Märkten gerecht werden. Die Erfolgreichsten erhalten dann weiterhin Subventionen, die anderen werden abgeschafft.

Wie viele andere Lehrerinnen, Pflegefachmänner, Postangestellte, Forscherinnen habe auch ich seit Jahren das Gefühl, in einem Hamsterad zu arbeiten. Das Motto heisst ›Run for your life‹, erfinde, sei kreativ, evaluiere deine Arbeit ständig, es ginge bestimmt noch billiger. Wechsle mindestens einmal jährlich das Team, den Vorgesetzten, klebe nicht am Ort. Was dann mit den neuen Ideen geschieht, die tatsächlich entwickelt und umgesetzt werden, wird von übergeordneten Gremien entschieden. Irgendwann kommt ein neue Direktive.

Psychische Zusammenbrüche und Engpässe in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf entstehen signifikant häufiger, wenn jemand sehr viel Verantwortung trägt, aber wenig entscheiden kann. Das zeigen inzwischen verschiedene Studien, die in den WSI-Mitteilungen der Hans-Böckler-Stiftung besprochen wurden.⁴ Trotzdem geht es an vielen qualifizierten Angestellten vorbei, wenn die Gewerkschaften gegen die Forderung der Unternehmer nach »mehr Selbstverantwortung« wettern. Man hat ja eine Ausbildung, Weiterbildung, ein Studium gemacht, um irgendwann auch Verantwortung für die eigene Arbeit zu übernehmen. An der Verantwortung ist gar nichts auszusetzen, wenn sie mit entsprechender Macht einhergeht. Mit den Wiener Philharmonikerinnen vor Augen könnte man, statt mehr Verantwortung, mehr Macht einfordern.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen wird Verantwortungsgefühl verbal gefordert, real aber verschlissen. Wenn Marx am Anfang des Kapitals von der Arbeitszeit spricht, die jedem ökonomischen Wert zugrunde liege, dann meint er die Verausgabung »menschlicher Arbeitskraft«, »die Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw.« (Marx 1957). Mit der Care-Economy im Blick muss dieser Liste das Herz beigefügt werden. Diese Arbeitskraft kann man nicht auf Knopfdruck anstellen, damit kreativ gedacht, entwickelt, umgesetzt wird, um sie wieder abzustellen, wenn sich eine andere Einheit als marktgerechter erwiesen hat. Die meisten Menschen arbeiten heute quasi auf Zusehen hin, mit der grossen Wahrscheinlichkeit, dass sich dann doch ein anderes Produkt durchsetzen wird. Dieser Verschleiss geht an die Substanz. Die Alternative wäre eine Planung und Regulierung, die nicht Marktlogik nachhäft, sondern ihrem Namen gerecht wird.

Der Markt ist nicht vernünftig

Zweifel an der Marktlogik waren im vergangenen halben Jahr – neben den Inseraten – im Observer, in der Zeit, auch im NZZ-Feuilleton zu lesen, in der linken Presse sowieso. Der kaskadenartige Börsencrash habe

deutlich gezeigt, dass an der Idee, wonach der Markt wie eine unsichtbare Hand alles zum Guten regle, etwas grundsätzlich nicht stimmen kann. Ein Fehler dieser Marktlogik, schreibt Frank Ackermann in der *Real-world economics review*, sei die Idee, der Marktteilnehmer handle grundsätzlich vernünftig und voll informiert. Die Märkte – insbesondere die Finanzmärkte – seien heute zu komplex, als dass ein Mensch den Überblick haben könne. Ausserdem handelten auch Banker ab und zu irrational.

Das erinnert an die feministische Kritik an der Vorstellung des Homo Oeconomicus und ganz grundsätzlich an die Subjekt-Diskussionen in den Geistes- und Sozialwissenschaften (Michalitsch 2000 und Madörin 2000). Auch Marktteilnehmer sind also nicht völlig immun gegen nervöse Ängste und Anflüge von Grössenwahn, die Phantasiewelt der Derivate und Futures fordert zu wildem Spekulieren geradezu heraus. Die Genugtuung, dass ich das schon früher vermutet habe, hält nicht lange an, denn die geisteswissenschaftlichen Diskussionen entziehen auch der Vorstellung den Boden, eine zentrale Planung würde alles viel besser machen. Auch staatliche Planungsgremien können sich in machthungrige Cliques verwandeln, auch sie haben den perfekten Überblick nicht, die planwirtschaftlichen Ökonomien haben einige der krassesten Beispiele kollektiven Irrsinns geliefert.

In demokratischen Ländern hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass zumindest politische Machttäger/innen gewählt sein müssen, um Autorität zu haben, und dass Parlamente, Abstimmungen und Vernehmlassungen die Entscheidungswege zwar langwierig machen, dass sie aber langfristig die besseren Resultate liefern. Die vielfältigen Checks and Balances bieten eine Absicherung gegen die individuelle und kollektive Unvernunft, die man nicht aus der Welt schaffen kann. Es wäre also zu fragen, welche Bereiche gut als freier Markt funktionieren und wo eine demokratisch legitimierte, zentrale Planung notwendig ist. Um diese Frage im Detail zu beantworten, müsste man wirklich etwas von der Sache verstehen. Die linken Stimmen sind sich in einem Punkt einig: Existentielle Dienste an den Menschen und am wirtschaftlichen System werden durch den Markt nicht vernünftig geregelt. Sie gehören in einen starken Service Public, der anders als der Markt funktioniert.

Aber die Idee der Demokratisierung der Wirtschaft geht nicht nur in der Rolex-Werbung über dieses Fazit hinaus. Thomas Heilmann, als grüner Politiker und Verleger unter anderem Bankrat der Zürcher Kantonalbank, kritisiert die überproportionalen Rechte der Shareholder und fragt, ob nicht die »viel zahlreicheren Stakeholders« – allen voran die Mitarbeitenden – an Macht zulegen müssten. Wären demokratische



Banken auch vernünftigeren Banken? Würden sie dann so hervorragend wie die Wiener Philharmoniker? Hätten die Mitarbeiter/innen einen Sitz im Verwaltungsrat, wie das in Deutschland der Fall ist? Würden sie ihre Aktienanteile gebündelt einsetzen, wie das die Präsidentin der UBS-Personalkommission fordert? Oder könnten die Mitarbeiter/innen den CEO wählen? Könnten sie über die Verteilung der Unternehmensgewinne – nach Abzug der Steuern – abstimmen?⁵

Nicht zuletzt stellt sich die Frage, wo und wie die kollektive Vernunft entstehen soll, die den ökologischen Turn-around zustande bringt. Vielleicht kommen die Antworten aus Betrieben, die von der Belegschaft übernommen wurden, und von grossen Genossenschaften im Norden und Süden. Von Betrieben jedenfalls, die funktionieren, obwohl sie nicht mehr Profit abwerfen, als für die Auszahlung der Löhne, für Steuern und für die notwendigen Investitionen in den Betrieb notwendig ist. Sie strafen die Behauptung Lügen, dass eine prosperierende Wirtschaft ohne wachsende Profitraten nicht möglich sei. ›Prosperieren‹ müsste man dann wie folgt definieren: Blühende Landschaften sind Regionen, in denen möglichst viele Frauen und Männer ihr Leben, und damit auch ihre Arbeit, geniessen.

Anmerkungen

- 1 Iris von Roten: Frauen im Laufgitter. 1991, S. 222.
- 2 Die Sozialforscher Hanspeter Stamm und Markus Lamprecht sprechen wörtlich vom »abhängigen Zentrum«, das definiert ist als »Nicht-Erwerbspersonen vor dem Rentenalter, die primär Haushaltsarbeit oder freiwillige Tätigkeiten verrichten und nicht allein leben.«
- 3 BFS Bundesamt für Statistik (2009): Produktivität – Daten, Indikatoren.
- 4 Das neueste Beispiel: Kratzer et al., 2009
- 5 Es ist mir bewusst, dass Thomas Heilmann in seinen Überlegungen nicht so weit geht, sondern innerbetrieblicher Demokratie skeptisch gegenübersteht. Siehe Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, 2008.

Literatur

- Ackerman, Frank (2008): The economics of collapsing markets. In: Real-world economics review, Nr. 48.
- Von Roten, Iris (1991): Frauen im Laufgitter. Limmat Verlag, Zürich.
- Bundesamt für Statistik (2009): Produktivität – Daten, Indikatoren. Gefunden am 24.3.2009 auf www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/04/03/blank/key/02.html
- Bundesamt für Statistik BFS (Hrsg.) (2003): Auf dem Weg zur Gleichstellung? Frauen und Männer in der Schweiz. BfS, Neuchâtel.
- Charles, Maria (2005): Entwicklung der beruflichen Segregation nach Geschlecht und nach Staatsangehörigkeit in der Schweiz 1970-2000. In: demos. Informationen aus der Demographie, Nr. 3/2005. BfS, Neuchâtel.
- Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2008): Was verstehen wir unter Wirtschaftsdemokratie? In: Denknetz Jahrbuch 2008. Verlag edition 8, Zürich.
- Fahni, Oliver (2009): Die Krise. Ihre Mechanik. Unsere Antworten. Unia-Broschüre, Bern.
- Gather, Claudia, Geissler, Birgit und Rerrich, Marisa S. (Hrsg.) (2002). Weltmarkt Privathaushalt – Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel. Forum Frauenforschung, Band 15.
- Hänggi, Marcel (2008). Wir Schätzer im Treibhaus. Rotpunktverlag, Zürich.
- Heilmann, Thomas: Der neoliberale Traum ist aus. Wochenzeitung vom 13. 11. 2008.
- Kratzer, Nick, Dunkel, Wolfgang und Menz, Wolfgang (2009). Neue Managementmethoden – neue Belastungsformen? In: Arbeit, Beschäftigungsform und Produktivität im 21. Jahrhundert. Bericht zum 55. Kongress der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft, Dortmund.
- Madörin, Mascha (2000): Der Finanzsektor und die Macht, Sachzwänge zu schaffen. In: Krondorfer, Birge & Mostböck, Carina (Hrsg.): Frauen und Ökonomie. Oder: Geld essen Kritik auf. Promedia, Wien.
- Madörin, Mascha (2006). Zur politischen Ökonomie der Differenz zwischen Frauen mit und Frauen ohne Kind. Ein Versuch. In: Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik, Heft 23.
- Marx, Karl (1957): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Im Zusammenhang ausgewählt und eingeleitet von Benedikt Kautsky. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart.
- Michalitsch, Gabriele (2000): Jenseits des homo oeconomicus? Geschlechtergrenzen der neoklassischen Ökonomie. In: Krondorfer, Birge & Mostböck, Carina (Hrsg.): Frauen und Ökonomie. Oder: Geld essen Kritik auf. Promedia, Wien.
- Mies, Maria (1981): Patriarchat und Kapital – Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Rotpunktverlag, Zürich.
- Rieger, Andreas (2009): Welche Krise? Welche Antworten? Unia-Faltblatt, Bern
- Stamm, Hanspeter und Lamprecht, Markus (2005). Entwicklung der Sozialstruktur – Eidgenössische Volkszählung 2000. BfS, Neuchâtel.
- Stutz, Heidi (2006). Der Blick aufs Ganze: Care Economy und Erwerbsarbeit. In: Denknetz-Jahrbuch 2006. Verlag edition 8, Zürich.